

DVU-Veranstaltung 17.02.08 – Gegenkundgebung, FR-Redebeitrag

Liebe Hamburgerinnen und Hamburger, liebe Antifaschistinnen und Antifaschisten !
Ich begrüße Euch als Mitglied des Hamburger Flüchtlingsrats.

Wir sind heute hier, weil die neofaschistische Deutsche Volksunion von Gerhard Frey hier im CCH eine Großveranstaltung mit mehreren hundert Nazis abhalten will. Diese Provokation wollen wir verhindern, denn die DVU, die im Gegensatz zur NPD im bürgerlichen Tarnmantel auftritt und radikale Parolen vermeidet, kandidiert in enger Absprache mit der NPD. Der Spitzenkandidat der DVU, Matthias Faust, war Anfang 2007 noch in der NPD, betont immer wieder die Gemeinsamkeiten mit dieser Partei und ist ein Vertrauter des notorischen Neonazis Christian Worch.

Die DVU gibt sich einen pseudo-bürgerlichen und sogar pseudo-sozialen Anstrich mit Parolen gegen Hartz IV und gegen die Globalisierung, doch wer hinter die Fassade guckt, stellt schnell fest:

Mit Parolen wie „Michel statt Moschee“ oder „Hamburg ist eine deutsche Stadt“ oder „Arbeit statt Zuwanderung“ soll suggeriert werden, dass ein angebliches „Zuviel“ an hier lebenden und zu uns kommende Ausländern das friedliches Zusammenleben gefährdet. Damit soll ein Klima geschaffen werden, in dem Menschen nicht deutscher Herkunft und Aussehens sowie nicht christlicher Religion, also vor allem MigrantInnen und Flüchtlinge, Moslems und JüdInnen, Schwarze und Dunkelhäutige, aber auch Behinderte, Arbeitslose und Obdachlose, Schwule und Lesben sowie andere Minderheiten pauschal zu Sündenböcken abgestempelt.

Rassistische Übergriffe haben hier ihre Grundlage !!

Diese Parolen werden aber auch von anderen, gerade auch von sogenannten bürgerlichen Parteien dankbar aufgenommen, die am rechten Rand Wählerstimmen fischen wollen. Der rassistische Sumpf wird zur CDU-Mehrheitsbeschaffung von ihnen angesprochen, wie es in Hessen mit der Koch-Kampagne gegen angeblich „gewalttätige und kriminelle“ jugendliche MigrantInnen versucht wurde und wie es vor sieben Jahren mit Ronald Schill in Hamburg gelang.

Dabei entsteht eine perfide Dialektik: Rechte und rassistische Sündenbock-Szenarien gegen Flüchtlinge, MigrantInnen, Moslems können auf die bestehende staatliche Ausgrenzungs- und Diskriminierungspolitik gegenüber diesen Menschen zurück greifen:

Durch das Ausländergesetz, das Zuwanderungsbegrenzungs-gesetz – so muss man es wohl nennen- , das Asylbewerberleistungsgesetz und eine Vielzahl weiterer ausgrenzender Gesetze und Bestimmungen werden Menschen nicht deutscher Herkunft rechtlich wie Menschen zweiter Klasse behandelt. Es wird alles daran gesetzt, möglichst viele von ihnen – jedenfalls soweit sie in der deutschen Wirtschaft nicht dringend benötigt werden – wieder los zu werden oder sie zu illegalisieren, damit sie keine Sozial- und Gesundheitsleistungen in Anspruch nehmen können!

Diese Politik der Abschiebung und Schikane, der Illegalisierung und Lagerunterbringung, wie sie die Ausländerbehörde und andere staatliche Institutionen betreiben, kombiniert mit der Abriegelung der EU-Außengrenzen für die Unerwünschten, ist in ihrer Wirkung die praktische Umsetzung der Hetze von DVU, NPD und anderer Faschisten und Rassisten! – Längst kommen durch diese staatliche Politik viel mehr Menschen ums Leben und zu Schaden, als durch rassistische Übergriffe.

Die staatliche Politik bestätigt und ermutigt also indirekt die Faschisten und Rassisten. Umgekehrt können rechtspopulistische Politiker wie Roland Koch und Sicherheitsneurotiker wie Wolfgang Schäuble, aber auch rechte SPD-Hardliner wie ehemals Minister Otto Schily unter Hinweis auf die angebliche Stimmung in der Bevölkerung die Gesetze gegen Flüchtlinge und MigrantInnen, aber auch gegen andere Ausgegrenzte, wie Arbeitslose und Sozialhilfeabhängige immer noch weiter verschärfen.

Es gilt für uns daher Beidem entgegen zu treten:

- Einerseits der staatlichen Politik von Abriegelung der Grenzen, von Ausgrenzung und Auslagerung, von Sonderbehandlung und Schikanierung, von Beschränkung der Bewegungsfreiheit und Inhaftierung sowie der Abschiebung von Flüchtlingen und MigrantInnen;
- andererseits den Alt- und Neonazis, den Rechtspopulisten und Rassisten mit ihrer Hetze und Stigmatisierung, ihren rassistischen Übergriffen und Schlägerbanden, ganz besonders auch den als Biedermeiern getarnten Brandstiftern von der DVU.

Deshalb fordern wir zum einen:

- **Globale Bewegungsfreiheit und offene Grenzen für alle Menschen**
- **Gleiche soziale und politische Rechte für Flüchtlinge und MigrantInnen**
- **Abschaffung aller rassistischen Sondergesetze**
- **Gleicher Zugang zu Arbeit, Wohnung, Gesundheitsversorgung und Bildung**
- **Schließung aller Lager und Abschiebeknäste**
- **Keine Abschiebungen**

Zum anderen fordern wir:

- **Auflösung aller neofaschistischen Parteien und Organisationen, insbesondere der NPD und der DVU**
- **Kein Platz und keine Stimme für die DVU oder andere Rassisten-Parteien**
- **Keine Zulassung von Veranstaltungen und Demonstrationen von Rassisten und Faschisten**
- **Konsequente Verfolgung und Verurteilung rassistischer Übergriffe**
- **Unterbindung von rassistischer Hetze und Propaganda in den Medien**
- **Kein Platz für Nazis: Nicht in den Parlamenten, nicht im Stadtteil, nicht im Betrieb!**

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen !!!